

IHK Düsseldorf, 4.7.2018

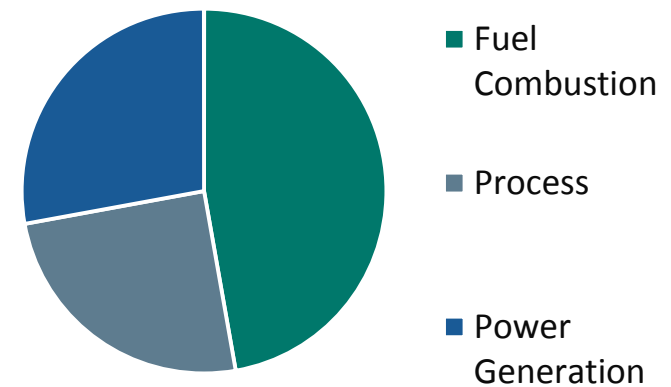
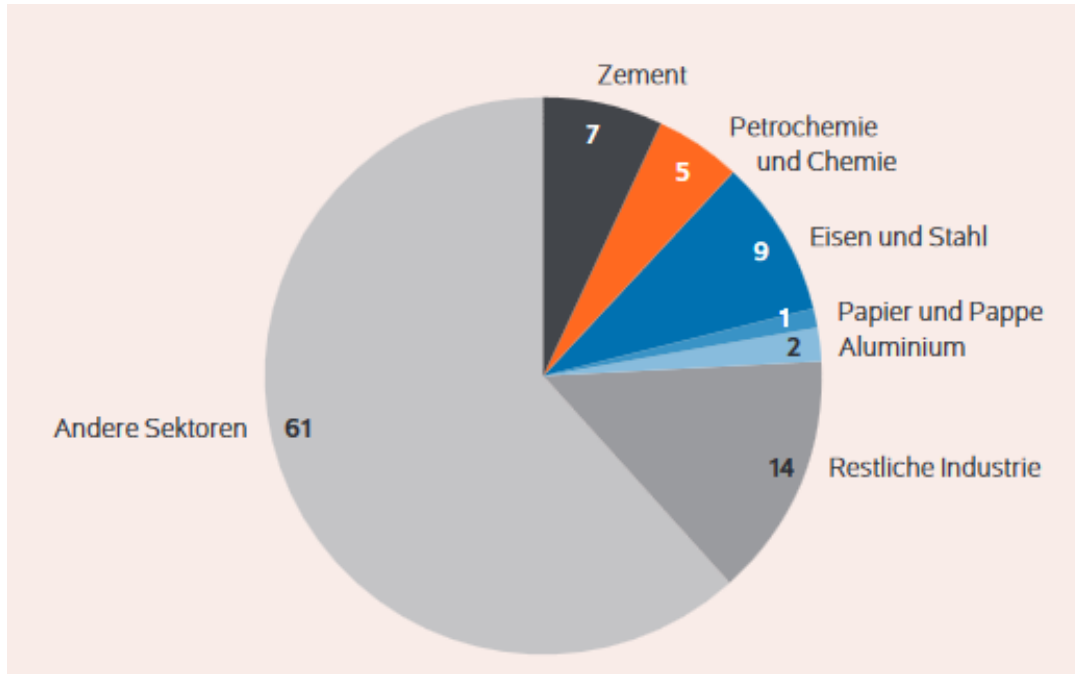
Europäischer Emissionshandel vor der vierten Handelsperiode – Belastung oder Chance?

Karsten Neuhoff

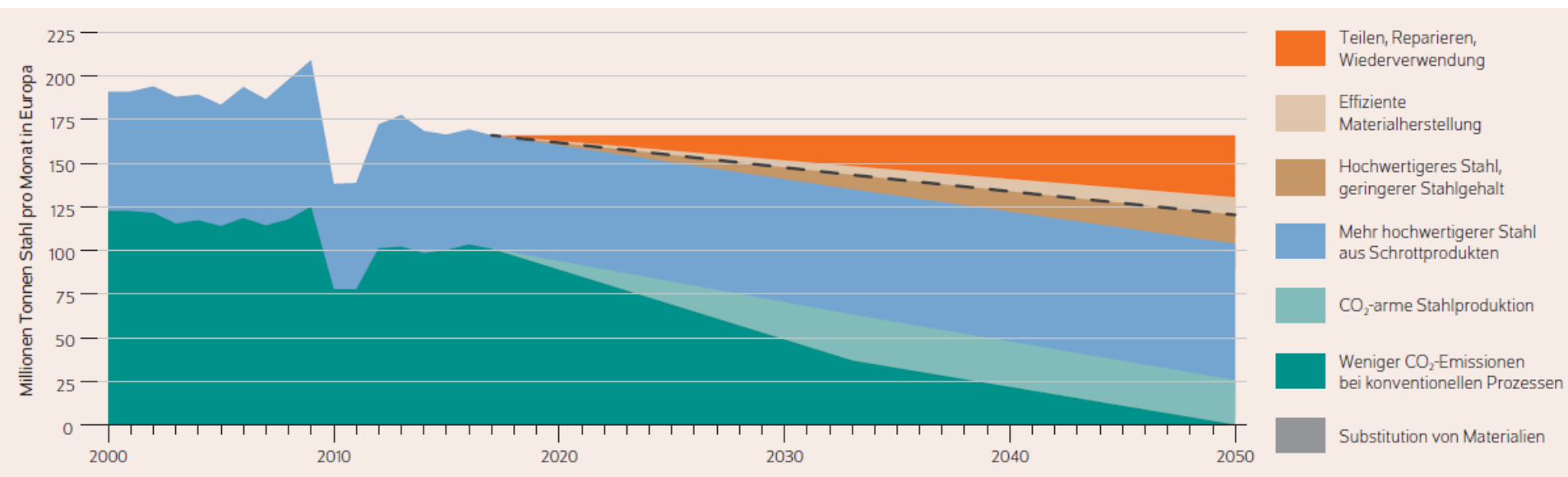
Climate Policy Department, German Institute for Economic Research

Economics Department, Technical University Berlin

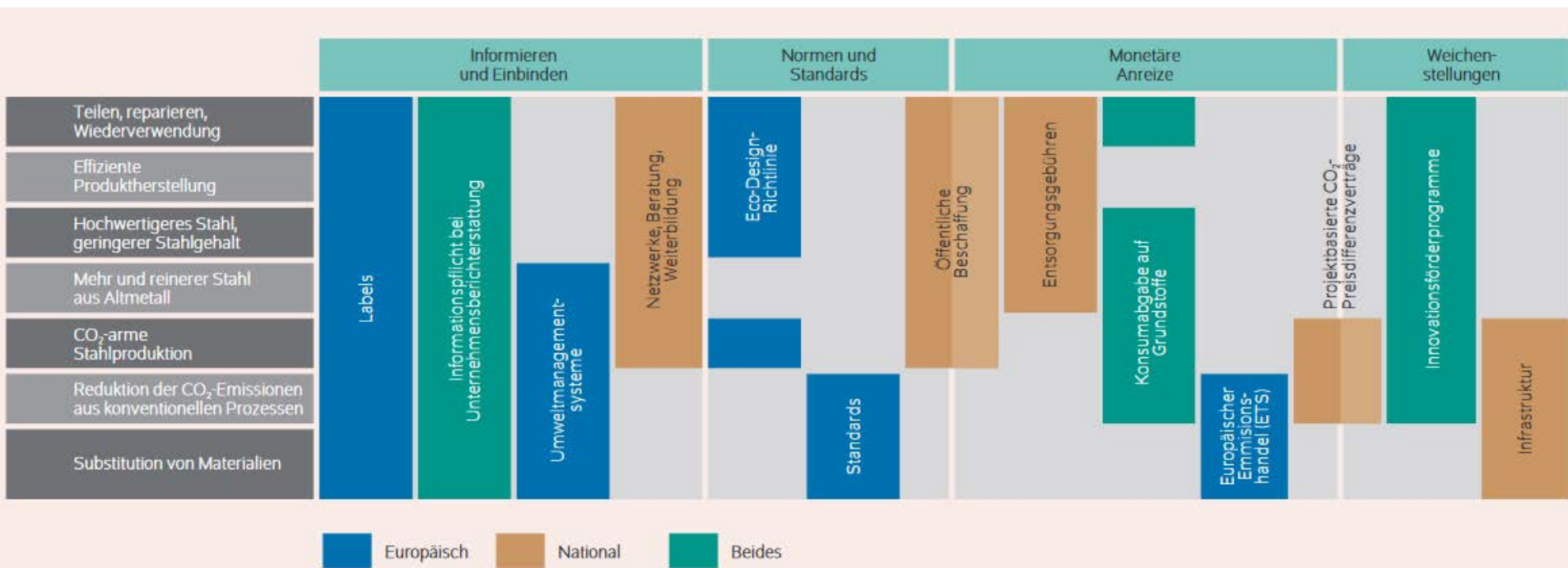
Anteil verschiedener Grundstoffe an den weltweiten CO₂-Emissionen



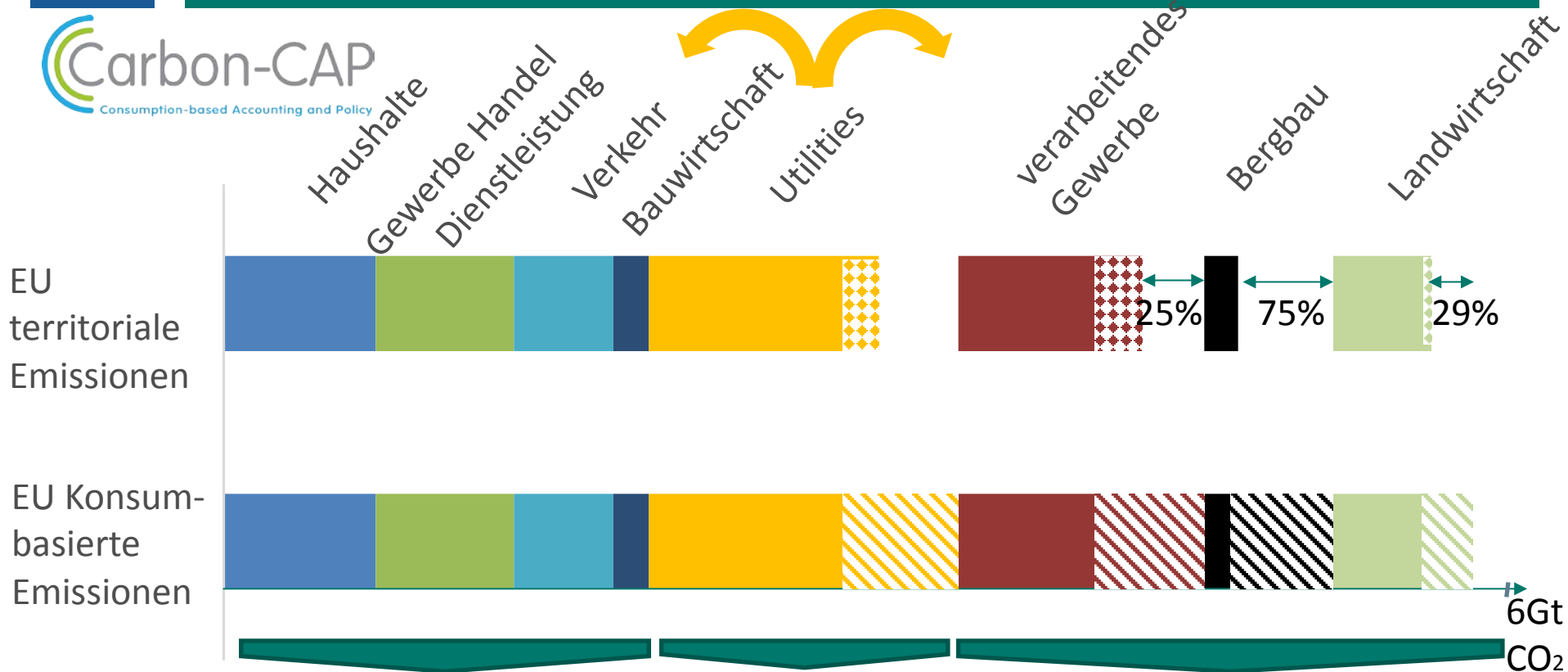
Schematische Darstellung



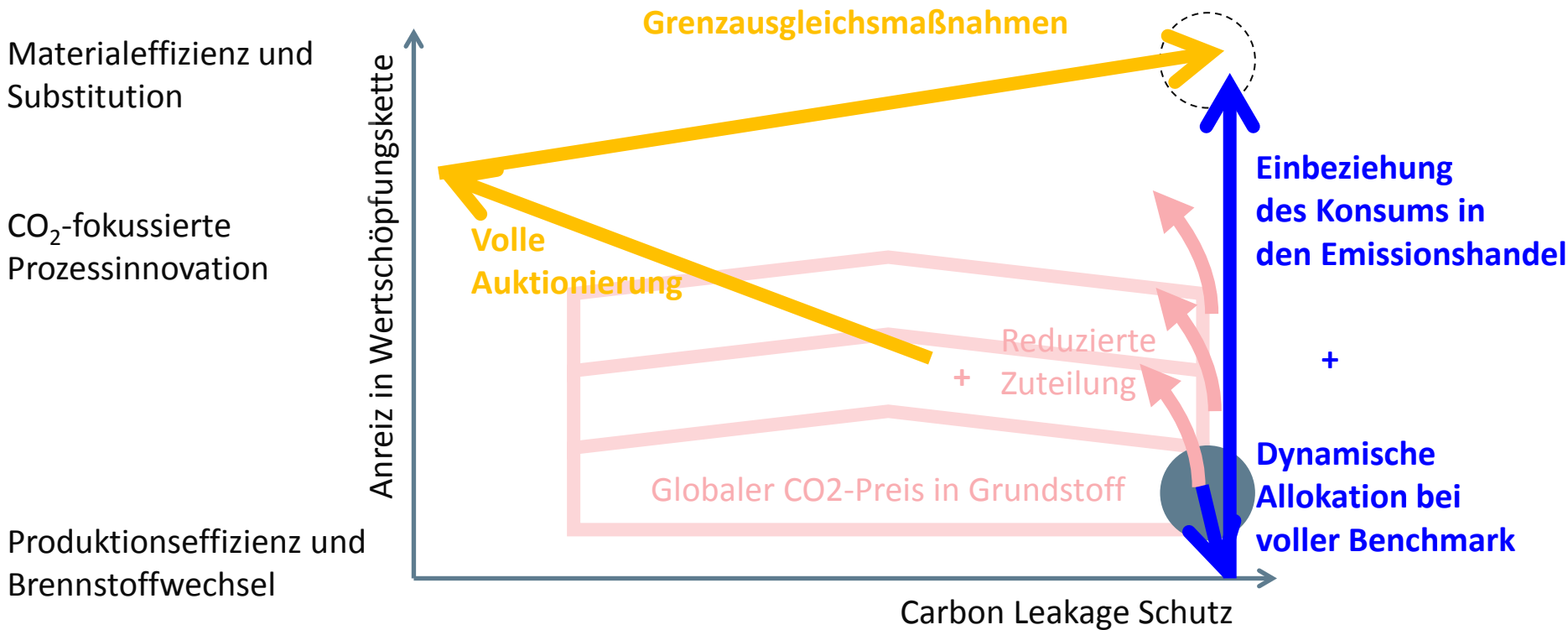
Politikinstrumente für Emissionsminderungen bei der Herstellung und Nutzung von Grundstoffen



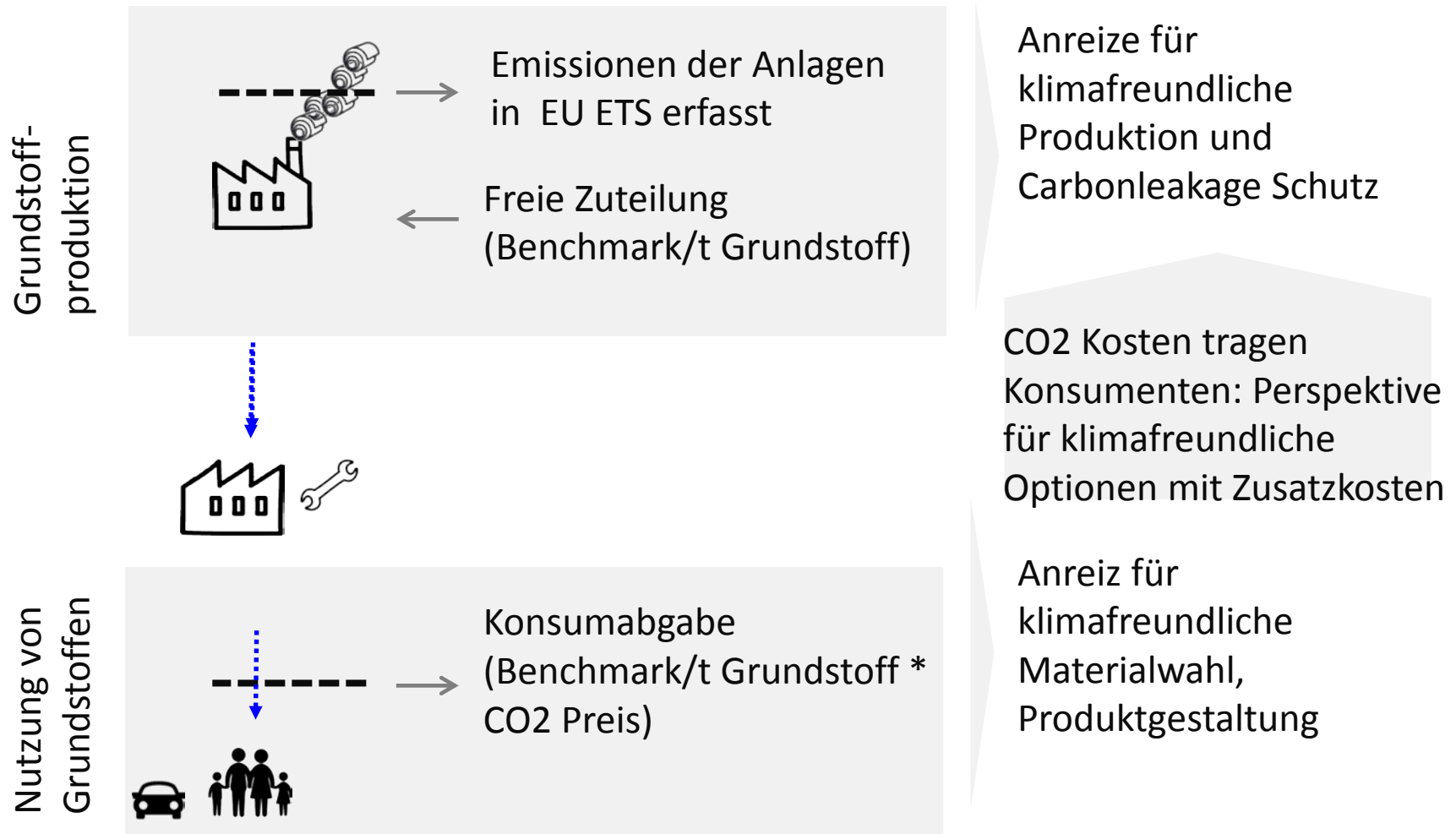
- Verstärkt Glaubwürdigkeit längerfristiger Minderungsziele für strategische Entscheidungen
 - > Carbon Leakage Schutz + effektives Preissignal
- Stärkt Wirtschaftlichkeit klimafreundlicher Entscheidungen
 - > MSR bedeutende Rolle
 - > Differenzverträge für klimafreundliche Investitionen



- Konsumorientierte Ansätze bevorzugt (Benzinsteuer statt Ölkartell)
- Erfolg von konsumorientierten Maßnahmen (Effizienzstandards etc.)
- Produktions orientiert (EU ETS, EEG)
- Produktionsorientierte Ansätze (EU ETS) mit geringer Konsumwirkung
- Konsumorientierte Ansätze meist nur freiwillig (Kennzeichnung ..)



1. Globale Iterative Erhöhung des CO₂-Preises in Grundstoffen & Reduktion der Zuteilung
2. Volle Auktionierung für Anreize UND Grenzausgleichsmaßnahmen gegen Carbon-Leakage
3. Freie Zuteilung für Leakage-Schutz und Einbeziehung des Konsums für Anreize



Internationale Erfahrung (Japan, Korea, China, Australien)

- Einbindung der Konsumenten kann unerwartete Chancen bieten
- Einbeziehung des Konsums in Korea und China ET Systemen etabliert

Begrenzter Verwaltungsaufwand (öffentliche und privat)

- Geringe Betrugsanreize, da kein Geld erstattet wird
- Nur entsprechend Benchmark (pro Tonne Material ...)
- Vereinfachte Abläufe möglich, z.B. vierteljährliche Berichterstattung
- Beschränkt auf Grundstoffe: Stahl, Klinker, Aluminium, (Plastik, Papier+Zellstoff)

Rechtliche Grundlage

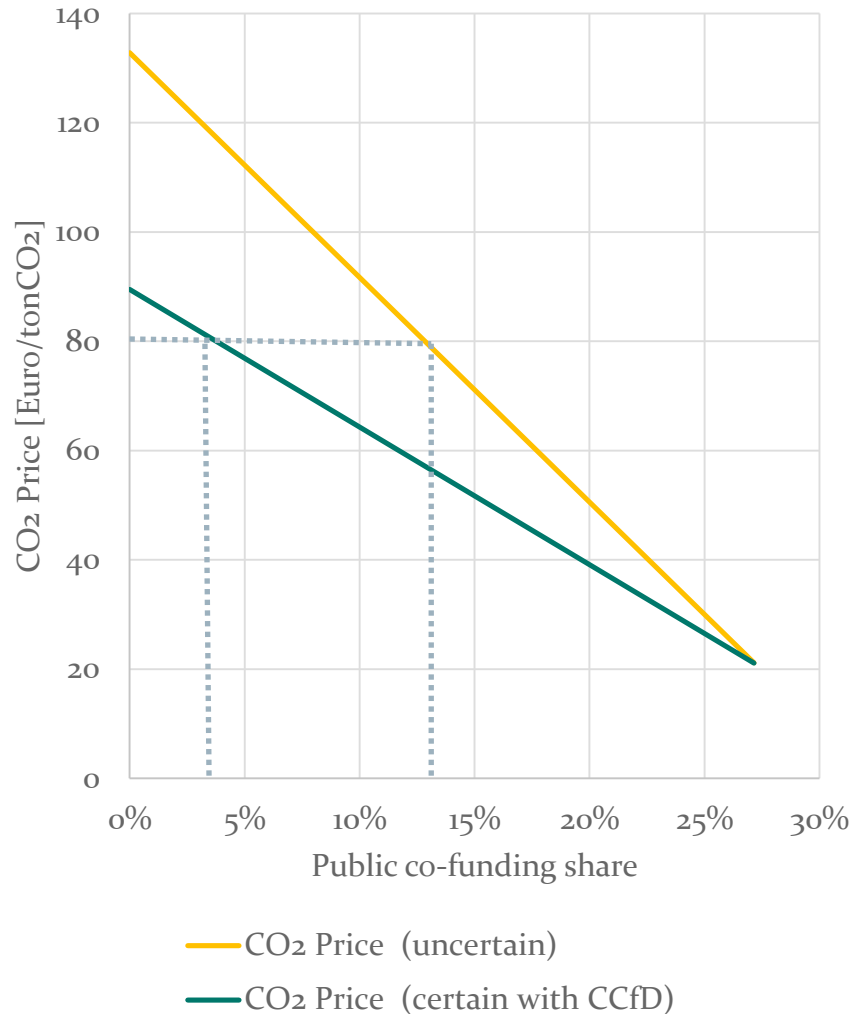
- Konsumbasierter Ansatz mit Welthandelsrecht vereinbar
- Implementierung als Teil der EU ETS-Richtlinie möglich

Ein Investitionsprojekt kompatibel mit 2050 Zielen kann einen 15 Jahresvertrag unterschreiben:

- Projektentwickler erhält/zahlt Differenz zwischen Referenzpreis (e.g. 50 Euro/t) und EU ETS Preis
- Für jede Tonne Emissionsminderung relativ zur Benchmark die mit Projekt erreicht wird

-> Investition als ob der CO₂ Preis 15 Jahre lang fix wäre

- Ermöglicht Projekt bzw. reduziert Bedarf an Förderung
 - > Reduziert regulatorische Risiken für Investoren
 - > Reduziert Finanzierungskosten für Investoren
 - > Bewahrt Anreize für Wartung und Betrieb
- Stärkt EU ETS Preissignal
 - > Regierung kann Preiserwartung signalisieren
 - > Vermeidet Anreiz ETS nach Investitionen zu schwächen
- Nationale Umsetzung
 - > Anreizkompatibel (Invest. Gewinn und Risiken)
 - > Netto-Zahlungen in Anfangsjahren durch Auktionserlöse und Konsumabgabe auffangen



- Vergleich von verschiedenen Niveaus öffentlicher Förderung und CCfDs
- Co-Finanzierung decken die zusätzlichen Investitionskosten
- Das Senken von Risiken durch CCfDs kann die Finanzierungskosten und die nötige öffentliche Förderung substantiell verringern

- Bündel von Politikmaßnahmen notwendig für Grundstoffsektor
- EU ETS wichtiges Instrument
- Effektives CO2 Preissignal + Carbon Leakage Schutz möglich
- Absicherung von Investitionen über Differenzverträge



Ergänzung des Emissionshandels: Anreize für einen klimafreundlicheren Verbrauch emissionsintensiver Grundstoffe

Von Karsten Neuhoff, Jan Steinhilber, Vera Zippner, Manuel Hausner und Roland Inzer

Die Produktion emissionsintensiver Grundstoffe wie Stahl, Aluminium und Zement ist für einen Großteil der CO₂-Emissionen der europäischen Industrie verantwortlich. Da die Hersteller dieser Grundstoffe im internationalen Wettbewerb stehen und das CO₂-Preissignal nur zu einem geringen Teil weitergeben können, gibt das europäische Emissionshandelssystem (EU ETS) bisher für viele Emissionsminderungsmaßnahmen keine ausreichenden Anreize. Dieser Mangel des EU ETS nimmt zu, wenn die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten – wie derzeit auf EU-Ebene vorgesehen – künftig noch stärker an aktuelle Produktionsänderungen angepasst wird, da dann das Preissignal noch weniger an den Verbrauch weitergegeben wird. Deshalb wird diskutiert, den Emissionshandel durch eine Abgabe auf den Verbrauch emissionsintensiver Produkte zu ergänzen. Dadurch könnten wirtschaftliche Anreize für Emissionsminderungen entlang der Wertschöpfungskette wieder hergestellt werden, die durch die freie Zuteilung unterdrückt werden. Eine Verbrauchsabgabe könnte insbesondere die Substitution emissionsintensiver Produkte verstärken und den wirtschaftlichen Betrieb von klimafreundlichen Herstellungsprozessen ermöglichen, ohne die europäischen Hersteller im internationalen Wettbewerb zu benachteiligen. Zugleich könnte das Aufkommen aus der Abgabe für die Finanzierung von zusätzlichen Investitionen für den Klimaschutz verwendet werden. Somit wird Verlässlichkeit für Innovationen und Investitionen in klimafreundliche Prozesse geschaffen: die Mehrkosten können beim Verkauf von Grundstoffen dauerhaft erwirtschaftet werden. Nach den Ergebnissen einer umfangreichen Studie eines internationalen Konsortiums könnte der Mechanismus der Verbrauchsabgabe bereits bei der anstehenden Reform des EU ETS für die Zeit nach 2020 berücksichtigt werden.

Nach dem Pariser Klimaabkommen ist eine neue Strategie für den europäischen Grundstoffsektor erforderlich, um die CO₂-Emissionsminderungsmaßnahmen im internationalen Emissionshandel (EU ETS) zu integrieren. Das EU ETS markiert die Produktion von Grundstoffen, die für etwa 20 Prozent der industriellen Emissionen in der EU ETS verantwortlich sind, ist jedoch nicht vollständig in das EU ETS integriert. Dies ist ein Problem, da die Emissionen von Grundstoffen im internationalen Wettbewerb stehen und das CO₂-Preissignal nur zu einem geringen Teil weitergegeben werden kann. Dies führt zu einer Unterbewertung der Emissionsminderungsmaßnahmen und zu einer Benachteiligung der europäischen Hersteller im internationalen Wettbewerb. Eine Verbrauchsabgabe könnte diese Situation verbessern, indem sie wirtschaftliche Anreize für Emissionsminderungen entlang der Wertschöpfungskette wiederherstellt. Dies würde die Substitution emissionsintensiver Produkte verstärken und den wirtschaftlichen Betrieb von klimafreundlichen Herstellungsprozessen ermöglichen, ohne die europäischen Hersteller im internationalen Wettbewerb zu benachteiligen. Zugleich könnte das Aufkommen aus der Abgabe für die Finanzierung von zusätzlichen Investitionen für den Klimaschutz verwendet werden. Somit wird Verlässlichkeit für Innovationen und Investitionen in klimafreundliche Prozesse geschaffen: die Mehrkosten können beim Verkauf von Grundstoffen dauerhaft erwirtschaftet werden. Nach den Ergebnissen einer umfangreichen Studie eines internationalen Konsortiums könnte der Mechanismus der Verbrauchsabgabe bereits bei der anstehenden Reform des EU ETS für die Zeit nach 2020 berücksichtigt werden.

